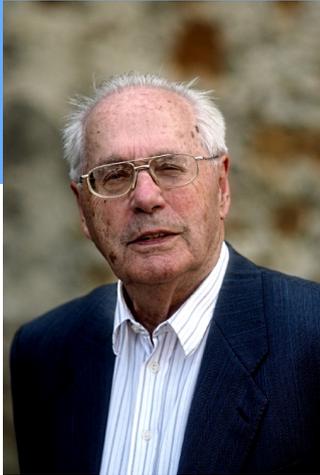


Keupers

kritischer

Kommentar



07-02-2018

Juli 2018

Ehrenämter zukünftig perdu?

In seiner Abhandlung in der Wochenendausgabe vom 30. Juni in der Allgemeinen Zeitung mit dem Titel: „Alarmstufe Rot“, hat Thomas Ehlke, die Besorgnis erregende Situation bei der Alzeyer Freiwilligen Feuerwehr beschrieben und mit Recht die mangelnde Bereitschaft in unserer Gesellschaft sich ehrenamtlich zu engagieren angeprangert und auch das fast unmögliche Verhalten einiger Mitbürger(innen), welche meinen die Helfer in der Not anpöbeln oder sogar handgreiflich belästigen zu müssen. Personen, auf deren Hilfe sie vielleicht schon in Kürze angewiesen sein könnten.

Aber diese geschilderte Abnahme des ehrenamtlichen Engagements in unserer Zivilgesellschaft trifft nicht nur die Feuerwehren und die sozialen Hilfsorganisationen, auch das gesellschaftliche Vereinsleben leidet darunter. Mancher Sport-, Gesang- und Kulturverein musste schon seine Aktivitäten einstellen, seine Pforten schließen, eines Teils aus Mangel an Mitgliedern, anderen Teils aus Mangel an Personen, welche die ehrenamtlichen Belastungen des Vereinsmanagement noch übernehmen wollen oder können.

Ja, selbst die Politik, die politischen Parteien leiden unter zu geringem ehrenamtlichen Engagement. Jetzt, zu den anstehenden Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, im Mai nächsten Jahres, werden in manchen kleineren ländlichen Gemeinden Schwierigkeiten entstehen, die Kandidatenliste für den Gemeinderat zu komplettieren, ja selbst die Nominierung eines ehrenamtlichen (Orts-)Bürgermeisters bereitet hier und da in den kleinen Landgemeinden oft gewisse Schwierigkeiten. Denn wer will heutzutage noch so ein mit viel Arbeit und teilweise mit geringerer Anerkennung und oft ungerechtfertigter, böswilliger Kritik verbundene Funktion übernehmen? Die gezahlte sogenannte Aufwandsentschädigung reicht bei weiten nicht, um die erforderlichen Zeitaufwendungen abzugelten. Wer macht denn in der auf persönlichen Profit ausgerichteten Zeit noch so etwas?

Aber auch die politischen Parteien bekommen immer mehr Probleme damit, bei der politischen Basisarbeit genügend Mitstreiter aktivieren zu können. Denn diese Kernerarbeit wollen die Wenigsten noch machen, sodass oftmals kommerzielle Verteilerdienste mit der Verteilung von Informations- und Wahlkampfbroschüren der Parteien zusätzlich beauftragt werden müssen. Auch für die Komplettierung der Gemeinderatsliste müssen die Parteien immer mehr auf Nichtparteimitglieder zurückgreifen. Was als politische Öffnung gepriesen wird, ist im Grunde genommen ein Mangel am bereitstehenden eigenen Personal.

Unser gesellschaftlicher Umgang wird immer rabiater und unsolidarischer.

Resümee: Unsere Gesellschaft verändert sich, sie wird unsolidarischer und der zwischenmenschliche Kontakt unpersönlicher und geringer. Durch das Umsichgreifen des neoliberalen Denkens hinsichtlich der persönlichen Freiheit, des persönlichen Vorteils, schwindet immer mehr das Interesse an dem Gesamtgesellschaftlichen, wobei die extremen beruflichen Belastungen nicht vernachlässigt werden sollen.

Das „freie“ Individuum ist demnach bei allen seinen Entscheidungen und Handlungen auf den günstigsten Kosten-Nutzungs-Faktor fixiert. Damit ist die Grundlage einer ethischen Bewertung seiner Aktivität allein das auf seine Person bezogene Nützlichkeitsprinzip. Das ganze soziale Denken, der Begriff der Freiheit, der Solidarität, des Sozialverhaltens und der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung wird auf eine rein privat-ökonomische Perspektive minimiert.

Die Individualität ist von dem Gesellschaftlichen abhängig.

Doch, wer sich Ziele setzt in der Gestaltung seines persönlichen Strebens, auf Ungebundenheit, auf Freiheit hinsichtlich rein persönlicher und wirtschaftlicher Erfolge, oder zur Erlangung von scheinbar unabhängiger (Macht-)Positionen, der sollte wissen und beachten, dass eine funktionierende freiheitliche und sozial ausgerichtete Gesellschaft die Grundvoraussetzung ist, für all seine Bestrebungen und Bemühungen. Ohne diese freie und solidarisch ausgerichtete Gesellschaft gibt es keine persönliche Freiheit, keinen bleibenden Erfolg im Streben um wirtschaftlichen Gewinn! Zugespitzt kann man sagen, die marktkonforme Politik des Neoliberalismus und das daraus resultierende politische wie gesellschaftliche Denken, ist ein Projekt zur Auflösung der egalisierenden Gesellschaft, ja, ein Projekt zur Verabschiedung aus der freien repräsentativen Demokratie!

Denn das neoliberale Denken, die Idee des Neoliberalismus gründet sich darin, dass der Einzelne befähigt, aber auch allein verantwortlich ist, beim Streben seiner eigenen Verwirklichung.

Da das Individuum nach der Lehre des Neoliberalismus quasi als Unternehmer seiner selbst fungiert, gehen mit der dann eingeschränkten Sicht des reinen Selbstmanagement und der erforderlichen Anforderung sich selbst im ständigen Konkurrenzkampf durchsetzen zu müssen, die gemeinschaftlichen Aspekte des Gesellschaftlichen verloren.

Verloren geht so nach und nach die Solidarität in der Zivilgesellschaft und damit der gesellschaftliche Zusammenhalt, wie es die weiter oben beschriebenen Missstände bei den ehrenamtlichen Funktionen belegen.

Zwar kann der Staat in gewisser Art versuchen gegenzusteuern, in dem er dringend erforderliche Ehrenamtsarbeit umwidmet in (teilweise) bezahlte Arbeit, doch werden solche Aufwendungen den Finanzspielraum des Staates so erheblich einschränken, dass andere Funktionen dann vernachlässigt werden müssen, was wiederum zu Unmut in der Wählerschaft führen wird.

Wenn nicht gegengesteuert wird, droht eine „Autoritär-Demokratie“.

Wir laufen also zunehmend Gefahr, dass durch den Zerfall des Gesellschaftlichen sich

auch unsere demokratische Grundausrichtung verändert. Denn wenn sich in Zukunft die Idee: „Jeder ist erst mal sich selbst der Nächste“, mehr und mehr durchsetzt, dann wird sich auch die Regierungsform entsprechend zu einer „Autoritär-Demokratie“ entwickeln, dann werden radikale populistische Äußerungen und Argumentationen nicht nur in der Politik, sondern auch im gesellschaftlichen Miteinander den Alltag prägen.

Progressive Sozialdemokratie kann gegensteuern!

Wenn wir Sozialdemokraten uns dieser Entwicklung widersetzen wollen, müssen wir nicht nur eine sozialere Politik durchsetzen, sondern müssen im täglichen Leben wieder, wie einst, mit unseren Mitmenschen reden, nicht nur über Politik, sondern auch über das tägliche Geschehen. Denn das Gespräch, der Kontakt mit unseren Mitmenschen ist das beste Mittel gegen eine populistische Abartigkeit unserer Gesellschaftsentwicklung. Quartierbüros, wie sie die SPD Rheinland-Pfalz schaffen will, und in Ludwigshafen geschaffen hat, sind ein äquivalentes Mittel, um damit wieder Vertrauen zurückzugewinnen. Diese Quartierbüros sollten Anlaufstelle, Vernetzung und Katalysator vor Ort sein, quasi der Kümmerer zur Stützung und Erhalt unserer freien demokratischen Zivilgesellschaft. Denn Liberté' nicht Neoliberalismus muss für die Zukunft unsere Parole werden!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 15. Juli 2017

Heinrich Keuper